

531/AE XXI.GP
Eingelangt am: 24.10.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Erwin Lichtenberger, Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Rücknahme des Antrags auf TEN - Erklärung der B310

Die EU - Kommission hat dem Europaparlament kürzlich ihre neuen Vorschläge für ein erweitertes TEN - Netz in Europa vorgelegt. Auf Antrag der österreichischen Bundesregierung von Oktober 2000 ist darin für das Straßennetz auch eine TEN - Deklaration für die Strecke Prag - Linz enthalten. Eine tatsächliche Aufnahme der B310 in die TEN wäre geeignet, fatale Konsequenzen für das Mühlviertel und den Raum Linz (und die Anschlußstrecke in Südböhmen) zu bringen. Das beweisen diverse Vorstöße und Andeutungen von Kommissionsseite in den letzten Monaten und Jahren etwa zur „Nach - Unten - Harmonisierung“ von Wochenend - und Feiertagsfahrverboten oder LKW - Kontrollen im TEN sowie die langfristige Absicht zur Vorgabe bestimmter Ausbauparameter. Zudem würde eine TEN - Deklaration den Transitverkehr verstärkt auf diese Strecke locken.

Ausbauten entlang der B310 müssen demgegenüber ausschließlich im Interesse von Pendlern und Anrainern liegen. Ein Ausbau als TEN - Hochleistungsstraße würde im Gegensatz dazu zu einer umfassenden Verschlechterung der Lebensqualität im Mühlviertel, im Großraum Linz und in Südböhmen führen. Folgerichtig haben bereits sechs betroffene Gemeinden entlang der B310, nämlich Hagenberg, Neumarkt, Kefermarkt, Grünbach, Engerwitzdorf und Unterweikersdorf in Gemeinderatsbeschlüssen „Nein zu TEN“ gesagt, auch liegen bereits viele tausend Unterschriften betroffener Bürgerinnen gegen die TEN - Deklaration vor. Noch bestehen reelle Chancen, dieser klaren Artikulation aus der betroffenen Region zu entsprechen und zu unterbinden, daß die B310 zum europäischen Transitkorridor wird, da über den Revisionsvorschlag der TEN EU - Kommission, EU - Rat und Europaparlament erst Einvernehmen erzielen müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen;

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, im Einklang mit den klaren und demokratisch bestätigten Forderungen der betroffenen Gemeinden den Antrag auf Aufnahme der B310 in die TEN zurückzuziehen und bei der EU - Kommission die Streichung dieser Strecke aus dem Revisionsvorschlag zu den TEN zu veranlassen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.